



## DER AUTOR



**Prof. Dr. Thomas Straubhaar**

*Direktor des HWWI*

*Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschafts-Instituts (HWWI).*

*Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.*

## LOHNPOLITIK

### (Pyrrhus-)Sieg der Gewerkschaften?

Wenn nicht jetzt, wann dann? Mit dieser Forderung sind die Gewerkschaften in die diesjährigen Tarifverhandlungen eingestiegen. Nach langen Jahren der Zurückhaltung sei nun ein ordentlicher Schluck aus der Lohnpulle angezeigt. Der gute Konjunkturverlauf und die reichlich sprudelnden Gewinne böten den Arbeitgebern genügend finanziellen Spielraum. Wenn die Gewerkschaften in einem für sie so günstigen Umfeld nicht mit hohen Abschlüssen erfolgreich sein sollten, wäre das mehr als eine schmerzhaft Niederlage. Es wäre ein starkes Symbol der Schwäche. Das Zeichen wäre, dass die Gewerkschaften nicht mehr in der Lage seien, ihre Forderungen durchzusetzen.

**Deshalb ging es bei den Tarifverhandlungen um mehr als nur um ein paar Lohnprozente mehr oder weniger. Es ging generell um die Frage, ob die Gewerkschaften im Zeitalter der Globalisierung überhaupt noch auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln können.**

Heute kennen wir die Antwort: mit kleinen Abstrichen haben sich die Gewerkschaften auf der ganzen Linie durchgesetzt. Ihre Strategie ist rundum aufgegangen. Die Sockeltarife steigen in beachtlichem Maße. Gewinnabhängige Einmalzahlungen als direkte Erfolgsbeteiligungen bleiben die Ausnahme. Besonders stark sind die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst. Im Durchschnitt werden die Tarife in diesem Jahr um 5,1 Prozent und Anfang 2009 um noch einmal 2,8 Prozent angehoben. Hinzu kommt im nächsten Jahr eine Einmalzahlung von 225 Euro. Für die Beschäftigten in den westdeutschen Kommunen wird die

Wochenarbeitszeit um eine halbe Stunde auf 39 Stunden verlängert. Damit bewegt sich der Lohnabschluss des öffentlichen Dienstes am oberen Rand der jüngsten Tarifabschlüsse. Allein in der nordwestdeutschen Stahlindustrie hatte die IG Metall eine höhere Tarifsteigerung von 5,2 Prozent und eine Pauschalzahlung von 200 Euro vereinbart. In allen anderen Branchen blieben die Lohnsteigerungen darunter.

Nun besteht kein Zweifel darin, dass die Tarife im öffentlichen Dienst nicht von den Gehältern im privaten Bereich abgekoppelt werden dürfen. Sonst droht der Staat als Arbeitgeber nicht mehr attraktiv zu sein. Er findet keine guten Mitarbeiter und droht seine besten Kräfte zu verlieren – gerade in der immer noch konjunkturell guten Lage mit einem starken Beschäftigungsaufbau in der privaten Wirtschaft. Deshalb müssen auch im öffentlichen Dienst die Tarife angehoben werden, wenn überall sonst die Löhne steigen. Aber wie viel? Gewinne können nicht als Maßstab dienen, auch nicht für Einmalzahlungen, weil der Staat nicht gewinnorientiert sein kann und sein darf. Auch eine in der Privatwirtschaft gut bewährte einfache Faustregel ist wenig hilfreich. Demnach sollten Lohnsteigerungen den Produktivitätsfortschritten entsprechen. Ein solcher Abschluss wäre beschäftigungsneutral. Das heißt, er würde nicht dazu führen, dass Arbeitsstunden teurer würden als Maschinenstunden. Das große Problem liegt darin, dass es im öffentlichen Dienst nicht möglich ist, den Produktivitätsfortschritt zu messen. Im öffentlichen Dienst geht es um Leistungen von Lehrkräften, Krankenschwestern, Pflegepersonal, Busfahrern und Müllarbeitern. Für de-

ren Ergebnisse gibt es anders als bei der Produktion von Autos oder Kleidern staatlich festgesetzte Gebühren und keinen durch den Markt und Preise festgelegten Wert ihrer Arbeit. Bestenfalls können die Kennzahlen privater Konkurrenten als Näherung für den Produktivitätsfortschritt im öffentlichen Dienst genutzt werden.

**Bei allem Verständnis für die Nachholforderungen des öffentlichen Dienstes könnte sich der hohe Tarifabschluss von heute als Pyrrhus-Sieg erweisen. Wie ein Bumerang könnten die Folgen auf die Beschäftigung zurückschlagen.**

Die Tarifeinigung wird den Bund rund 1,2 Milliarden Euro kosten und die Kommu-

nen etwa 8 Milliarden Euro. Dazu kommt ein Rattenschwanz an Ausgabensteigerungen bis hin zu höheren Renten. Einige Gemeinden in strukturell einkommensschwächeren Regionen Deutschlands werden in finanzielle Engpässe kommen. Dadurch wird der Druck zu Privatisierung und Ausgliederung öffentlicher Aufgaben anhalten. Ebenso dürfte auch in der Daseinsvorsorge die Automatisierung weitergehen. Im städtischen Hallenbad ersetzen dann hochkomplexe Kassenautomaten, elektronische Zugangsschranken und moderne Videoüberwachungssysteme das Personal. Am Ende dürften weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst tätig sein als heute. Das ist deshalb nicht unproblematisch, weil gerade einfache Tätigkeiten zualler-

erst der Rationalisierung zum Opfer fallen. Als Folge davon verlieren gerade niedriger Qualifizierte eine weitere Hoffnung, eine ihren Fähigkeiten gerecht werdende Anstellung zu finden. Das wird sich dann rächen, wenn in einer schwächeren Konjunkturphase die Steuereinnahmen geringer und die Beschäftigungschancen schlechter werden. Dann könnte sich der heutige Tarifabschluss im öffentlichen Dienst als langfristig zu hoher Preis für eine streikfreie Einigung von Ver.di und staatlichen Arbeitgebern erweisen.

*Dieser Beitrag ist am 8. April 2008 im „Hamburger Abendblatt“ erschienen.*